



NEWSLETTER BERLIN

**ULRICH KELBER
BONN'S BUNDESTAGSABGEORDNETER**



Ausgabe 14/2002 49. gesamt
25.10.2002

Wenn „Bürgerliche“ sich nicht benehmen können

Die Bürgerinnen und Bürger haben SPD und Grünen am 22. September bestätigt. CDU/CSU und FDP müssten dies als Demokraten eigentlich akzeptieren. Stattdessen wird die Enttäuschung über die Wahlniederlage in den Bruch parlamentarischer Traditionen und in eine versuchte Lähmung der deutschen Politik umgesetzt. Traditionell werden Bundestagspräsident und seine Stellvertreter von einer großen Mehrheit im Bundestag gewählt. Und auch

diesmal bekamen die Kandidaten von CDU/CSU und FDP viele Stimmen von der Koalition. Umgekehrt stimmte die Opposition aber fast einstimmig gegen die Kandidaten der Koalition und lösten schon in der ersten Sitzung des neuen Bundestages einen Streit aus. Schlimmer noch ist die Aufkündigung des Pairing im Bundestag. Früher war es üblich, dass die Opposition beim begründeten Fehlen von Koalitionsmitgliedern eigene Abgeordnete nach Hau-

se schickte, um das Wählervotum zu wahren. Das wollen CDU/CSU und FDP jetzt nicht mehr machen. Wenn also z.B. Kanzler, Außenminister und Finanzminister beim EU-Gipfel sind, schrumpft die Mehrheit der Koalition auf eine Stimme zusammen. Da darf dann niemand mehr krank sein, sonst wäre die deutsche Politik handlungsunfähig.



Ausschussbesetzungen: Wichtige Bonn-Themen besetzt

In dieser Legislaturperiode werde ich als ordentliches Mitglied im **Umweltausschuss** und als stellvertretendes Mitglied in den Ausschüssen für **Wirtschaft und Arbeit** sowie für **wirtschaftli-**

che Zusammenarbeit mitarbeiten. Die Unterausschüsse für **Post und Telekommunikation** und für **Neue Medien**, denen ich bisher angehört habe, werden erst in Kürze neu einge-

setzt, aber auch dort werde ich wohl weiterarbeiten können. Damit kann ich meine Arbeit in für Bonn wichtigen Ausschüssen fortsetzen und die Interessen der Stadt vertreten.

Themen in dieser Ausgabe:

- Schlechte Verlierer – die Opposition bricht parlamentarische Traditionen
- Ausschussbesetzungen – wichtige Bonn-Themen

Mazedonien-Einsatz der Bundeswehr ist ein Erfolg

Der Mazedonien-Einsatz der Bundeswehr ist ein echter Erfolg, der maßgeblich zur friedlichen Entwicklung in Mazedonien beigetragen hat.

Dies zeigt sich nicht nur im friedlichen Ablauf der ersten freien Wahlen, sondern auch in der Zusammensetzung des neugewählten Parlaments und der Regierung. Erstmals sind fast alle ethnischen Volksgruppen im Parlament vertreten und der Regierungswechsel vollzog sich absolut friedlich.

Die Bundeswehr, die ein Viertel

der Task Force Fox in Mazedonien stellt, hat maßgeblich dazu beigetragen, dass diese Mission ein Erfolg der europäischen Friedenspolitik wurde. Sie wird jetzt die notwendige Volkszählung in Mazedonien sichern und begleiten. Auch dies ist ein Teil der von der UNO geforderten nachhaltigen Friedensstrategie, die bedeutet, dass bei der Friedenssicherung Kontinuität hergestellt werden muss, um den Frieden nachhaltig zu sichern. Also nicht einmarschieren und dann sofort wieder raus, sondern die friedliche Entwicklung

absichern und den zivilen Prozess begleiten, bis Sicherheit und Stabilität gesichert sind.

Dass dies in Mazedonien auf einem gutem Weg ist und anerkannt wird, zeigt schon die Tatsache, dass bei der Abstimmung über die Verlängerung des Mandats in dieser Woche selbst die größten Kritiker aus den Reihen der Grünen, diesmal für die Verlängerung gestimmt haben. Die Koalition hatte damit bei ihrer ersten wichtigen Abstimmung im neuen Bundestag eine eigene Mehrheit.

Art der Nebeneinkünfte von Bundestagsabgeordneten werden veröffentlicht

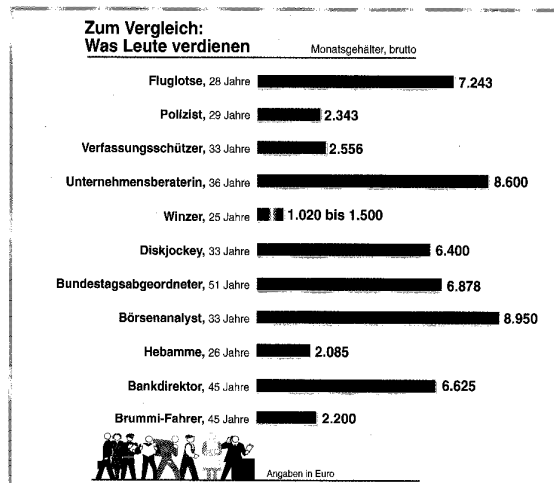
Die Arbeit und Kampf haben sich gelohnt. Der Deutsche Bundestag bestätigte in seiner ersten Sitzung nach der Bundestagswahl den Antrag zur Änderung der Verhaltensregeln für Abgeordnete des Deutschen Bundestages, der mit der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages in Kraft tritt.

Seit meinem Einzug in den Bundestag 1998 war es mir ein Anliegen, dass Abgeordnete die Tätigkeiten, die sie neben Mandat und Beruf ausüben, auch für die Öffentlichkeit und den interessierten Bürgerinnen und Bürgern anzuzeigen haben. Bisher waren Nebentätigkeiten lediglich gegenüber dem Bundestagspräsidenten offenzulegen. Neu ist nun die Veröffentlichungspflicht auch im amtlichen Handbuch des Bundestages und damit auch im Internet.

Durch die Ausweitung der Offenlegungspflichten für Mitglieder des Deutschen Bundestages werden die außerparlamentarischen Interessenbeziehungen des einzelnen Abgeordneten parlamentsintern und für die Öffentlichkeit transparenter als bisher gemacht. Somit ist diese Informationen für jeder-

mann zugänglich und jeder Bürger beziehungsweise Wähler kann sich umfassend über wirtschaftliche Einflüsse Dritter, zum Beispiel von Firmen oder Verbänden, auf Parlamentarier informieren. Der gläserne Abgeordnete, der seine

neter während seines Mandats durch Verträge über Beratung, Vertretung oder ähnliche Tätigkeiten gebunden ist. Damit ist kein Selbständiger, ob Rechtsanwalt oder Bäckermeister verpflichtet, seine Einkünfte oder seine Geschäftspartner zu offenbaren. Über Tätigkeiten, die ein Abgeordneter neben dem Beruf und dem Mandat ausübt, insbesondere über gutachterliche, publizistische und Vortragstätigkeiten, wird die Öffentlichkeit zukünftig eingehend informiert. Ebenso werden die Beteiligungen an Kapital- oder Personengesellschaften dann veröffentlicht, wenn sie einen wesentlichen wirtschaftlichen Einfluss auf das Unternehmen begründen. Mit den Änderungen der Verhaltensregeln wird endlich ein angemessener Ausgleich zwischen dem berechtigten Interesse der Öffentlichkeit auf Offenlegung von Nebentätigkeiten der Mitglieder des Deutschen Bundestages und dem Schutz der individuellen Grundrechte des einzelnen Abgeordneten - unter besonderer Berücksichtigung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts - erreicht.



Einkommenssteuerbescheide vorlegt, ist dabei nicht das Ziel – auch nicht auf Grund verfassungsrechtlicher Bedenken. Dies geht nur freiwillig, wie ich es beispielsweise mache. Es geht vielmehr darum, dass es für den Bürger in Zukunft transparenter ist, ob ein Abgeord-